

Das Wochenmagazin der SPÖ

spoe.at



Aktuelle

12. November 2010 · Nr. 38 · 6,90 €

„Österreich 2020“-Kommentar
von SPÖ-Familiensprecherin
Gabriele Binder-Maier



RZB

Bankenabgabe:

Den Banken auf die Finger schauen!

Die unverschämte Drohung von Raiffeisen-Chef Rothensteiner, die Kosten der Bankenabgabe an die Kunden weiterzugeben, löste einen Sturm der Entrüstung aus. Konsumentenschützer und Kartellbehörden werden den Banken ganz genau auf die Finger schauen und im Falle von Preisabsprachen rechtliche Schritte einleiten. Die Bankenabgabe trifft genau die Richtigen, nämlich jene, die die Krise mitverursacht haben und die dann mit Steuergeldern gerettet wurden.

Erfreulich ist die Kehrtwende der ÖVP in Sachen Familienpolitik. Nach Jahren des Verharrens in veralteten Rollenklischees ist die ÖVP nun auf eine langjährige Forderung der SPÖ umgeschwenkt und hat erkannt, dass der Leitsatz für eine erfolgreiche Familienpolitik „weniger Geld-, mehr Sachleistungen“ lautet. Denn nur, wenn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen erleichtert wird, haben auch wieder mehr junge Frauen und Männer den Mut, Ja zu Kindern zu sagen.

Eure Redaktion

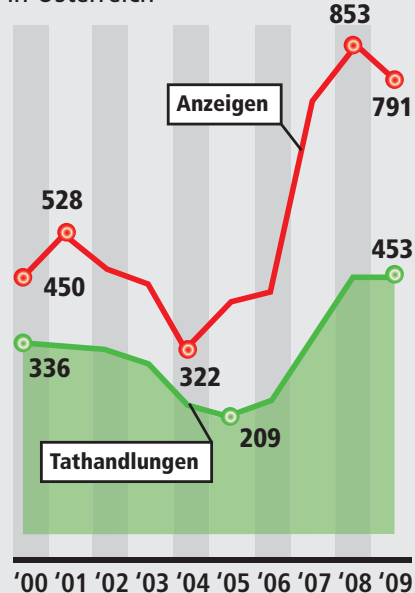
Highlights der Woche

Bankenabgabe	4
Familienförderung und Väterkarenz	6
Interview mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek	7
Armutsbekämpfung	9
„Österreich 2020“-Kommentar von SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier	14

THEMEN DER WOCHE

Rechtsextremismus

Tathandlungen und Anzeigen in Österreich



Quelle: APA/BMI | Grafik: SPÖ

Rechtsextremismus nimmt zu

Besorgniserregend: Seit 2007 ist sowohl die Zahl rechtsextremistischer Tathandlungen als auch jene der Anzeigen stark gestiegen. Insgesamt sind im Vorjahr 453 rechtsextremistische, antisemitische sowie sonstige einschlägige Tathandlungen bekannt geworden. Es gab 791 Anzeigen – eine Tathandlung kann mehrere Delikte mit gesonderten Anzeigen beinhalten. Bei den angezeigten Straftaten handelte es sich vor allem um Verbaldelikte und Sachbeschädigungen. Der Großteil der Anzeigen erfolgte nach dem Verbotsgesetz.



SPÖ 00

SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger: Im neuen Theaterarbeitsgesetz wurden wesentliche Verbesserungen für Schauspieler erreicht.

Modernes Theaterarbeitsgesetz beschlossen

Im Sozialausschuss wurde vor kurzem eine Regierungsvorlage beschlossen, mit der das aus dem Jahr 1922 stammende Schauspielergesetz durch ein modernes Theaterarbeitsgesetz ersetzt wird. SPÖ-Kultursprecherin Sonja Ablinger dazu: „Ich freue mich, dass damit ein weiterer wichtiger Schritt zur Verbesserung der sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern gelungen ist.“ Eine Neuerung ist u.a., dass das Theaterarbeitsgesetz nunmehr für alle künstlerisch tätigen Arbeitnehmer an Theaterbühnen unabhängig vom Ausmaß der Beschäftigung gilt. Auch die Entlohnung von Vorproben sowie Entgeltfortzahlungen im Fall von Arbeitsunfällen ist nun klar geregelt. Ebenfalls neu: Ein Urlaubsanspruch entsteht aliquot mit Beginn des Arbeitsverhältnisses und nicht wie bisher erst nach sechs Monaten.

Zitat der Woche

„Wir dürfen nicht an Bildung, Forschung und Entwicklung sparen, denn das würde Kaufkraft und künftiges Wachstum gefährden.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Bundesheer: Friedenseinsätze werden fortgesetzt

Der Ministerrat hat die Verlängerung der österreichischen Beteiligung an den UNO-Friedenseinsätzen beschlossen. Mehr als 1.000 österreichische Soldaten werden im Einsatz sein.



BMLVS-Reich

Österreichische Soldaten werden sich bis Ende 2011 unter anderem an Missionen im Kosovo, in Bosnien und am Golan beteiligen. „Mit mehr als 1.000 Auslandssoldaten bleibt Österreich auch einer der größten Truppensteller in der EU“, so Verteidigungsminister Norbert Darabos. Der sicherheitspolitische Schwerpunkt bleibt dabei der Westbalkan. „Im Kosovo ist Österreich größter Nicht-NATO-Truppensteller und in Bosnien sind wir sogar ins-

Verteidigungsminister Darabos ist stolz auf die überdurchschnittliche Leistung Österreichs bei Friedenseinsätzen im Ausland.

gesamt der größte Truppensteller. Darauf können wir stolz sein“, betont Minister Darabos. Auch die SPÖ-Sprecherin für Europa und Außenpolitik Christine Muttonen begrüßt die beschlossene Verlängerung: „Die SPÖ steht für aktive und weltoffene Außenpolitik. Der internationale Einsatz des Bundesheers unterstreicht dieses Bekenntnis und soll auch in Zukunft ein Kernelement unserer Außenpolitik bilden.“ Bereits seit 50 Jahren ist das österreichische Bundesheer im Dienste des Friedens im Auslandseinsatz und gewährt dort Schutz und Hilfe.



STANDPUNKT

Das Mitleid mit den Banken und die Bank, die sich eine Zeitung hält

Eine heimische Großbank, die im Krisenjahr 2009 hohe Gewinne ausschütten konnte, drohte diese Woche unverhohlen damit, keinen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten zu wollen. Die SPÖ kritisierte dieses Verhalten. Eine Tageszeitung, zum Teil im Besitz dieser Bank, fiel prompt über die SPÖ her. Ein Sittenbild über die Machtverhältnisse in Österreich?

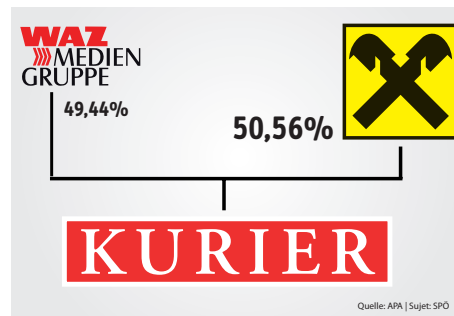
Wer fährt schon lieber einen Audi A6, wenn es auch ein A8 sein darf? So dachte wohl Raiffeisen-Generaldirektor Rothensteiner, als er zum Wochenbeginn über die Medien mitteilte, seine Bank werde die Bankenabgabe direkt an die Kunden weitergeben. Zugegebenermaßen ungewöhnlich direkt: Wer posaunt schon freimütig heraus, die Konditionen für seine Kunden verschlechtern zu wollen? Heldentum kann man an dieser Handlung trotzdem nicht erkennen. Bedenkt man, dass die Banken von den Steuerzahlern durch die Krise getragen wurden und jetzt wieder Gewinne in Milliardenhöhe machen, ist dieses Verhalten eher unverschämt. Rothensteiner zeigt mit seinem Vorstoß aber auch, dass manche in unserem Land glauben, keine Regeln einhalten zu müssen. Woher kommt wohl diese Arroganz?

Alle Banken würden die Bankenabgabe auf ihre Kunden abwälzen, meinte der Raiffeisen-Manager. Die Absicht dahinter ist klar: Es geht ihm darum, gegen die Bankenabgabe und damit generell gegen vermögensbezogene Steuern zu mobilisieren. Das war dann aber doch zu durchsichtig. Denn: Der Aufforderung schloss sich keine Bank an. Vielmehr bemühte sich sogar der mächtigste Raiffeisen-Manager im Westen des Landes, Ludwig Scharinger, aktiv darum, seine Kunden nicht zu verunsichern. Die Raiffeisen Landesbank für Oberösterreich werde sich die Bankenabgabe natürlich nicht von den Kunden holen, so Scharinger.

Wer Banken und Industrielobbys kennt, weiß: Das war erst der Anfang. Ab sofort wird die Schuld für jede Kündigung, jede Veränderung im Unternehmen auf die Bankenabgabe geschoben. Man könnte es Erpressung nennen. Bevor manche der Her-

ren Bankdirektoren auf Dienstwohnungen verzichten oder auf eine Bonuszahlung in siebenstelliger Höhe, machen sie lieber Stimmung gegen jeden Ansatz zu mehr Gerechtigkeit. Normalerweise müsste bei so einer Denkweise ein Aufschrei durch die Republik gehen. Normalerweise, denn was passierte stattdessen?

Die Kritik der SPÖ an Rothensteiners Drohung war für die Tageszeitung „Kurier“



Der „Kurier“ gehört zu knapp über 50 Prozent der „Printmedienbeteiligungsgesellschaft“ im Auftrag der Raiffeisen Zentralbank.

eine Majestätsbeleidigung. Wagt es die SPÖ doch tatsächlich, den Beitrag der Banken zur Konsolidierung des Budgets einzumahlen. Einen Beitrag, wie ihn jeder normale Einkommensbezieher Monat für Monat leistet. Der „Kurier“ sah Klassenkampf pur und holte zum Gegenschlag aus: „Faymanns Bankensteuer trifft alle“, so der Blattaufmacher, das Abwälzen der Abgabe auf die Kunden sei quasi ein Naturgesetz. Auch im Blattinneren wurde nicht mit SPÖ-Schelte ge-geizt.

Der „Kurier“ gehört zu knapp über 50 Prozent der „Printmedienbeteiligungsgesellschaft“ im Auftrag der Raiffeisen Zentralbank. Aus Sicht einer Großbank ist es sicher

„Die Bankenabgabe trifft die Richtigen. Zusätzliche Kosten können nicht einfach so abgewälzt werden.“

praktisch und PR-technisch klug, sich eine Zeitung zu halten. So vieles lässt sich damit bewerkstelligen. Man kann das Unternehmen ORF in Grund und Boden kritisieren lassen, um endlich Anteile erwerben zu können. Man kann möglichst oft versuchen, die SPÖ zu spalten und Gerechtigkeit als naive, aussichtslose Utopie parodieren. Und man kann schließlich Bankenabgabe und Vermögenssteuern als neue Massensteuern verunglimpfen. Redlich ist das nicht. Aber durchschaubar und die schlechteste Werbung für ein Blatt, das groß die Unabhängigkeit im Titelkopf führt.

Was auch immer im „Kurier“ behauptet wird: Die Bankenabgabe trifft die Richtigen. Zusätzliche Kosten können nicht einfach so abgewälzt werden. Die Ausschüttungen der Top-10 Banken haben sich von 2005 bis 2008 beinahe verdreifacht. Alleine im Jahr 2008 haben die zehn größten Banken 1,5 Mrd. Euro und damit drei Mal das Volumen der Bankenabgabe an ihre Eigentümer ausgeschüttet. Wir sind daher alle gefordert, gegen die Drohung der Raiffeisen mobil zu machen. Konzerne wie Raiffeisen dürfen nicht die Politik in diesem Land diktieren. Ein „Kurier“-Journalist meinte kürzlich über meine Aussagen zur Bankenabgabe, ich würde vor dem Spiegel Empörungsposen üben. Darauf kann ich nur antworten: Wenigstens kann ich mich noch selbst im Spiegel anschauen. ♦

BUDGET

Die Bankenabgabe trifft die Richtigen

Mit einem Solidaritätsbeitrag von 0,085 Prozent der Bilanzsumme leisten auch Banken einen Beitrag zur Budgetkonsolidierung. Konsumentenschützer und Arbeiterkammer werden die Entwicklung der Bank-Gebühren im Auge behalten, um Preisabsprachen zu verhindern.



Die Sozialistische Jugend Österreich demonstrierte gegen Gebühren-Erhöhlungen.

Bemessungsgrundlage für die Bankenabgabe ist die Bilanzsumme. Damit zielt der Solidaritätsbeitrag also auf die Bilanzgewinne der Banken ab. Zwischen 2005 und 2008 sind die Gewinnausschüttungen der Banken an ihre Eigentümer massiv gestiegen. Fünf Milliarden Euro wurden zwischen 2007 und 2010 ausgeschüttet. Somit sollte eine Bankenabgabe in der Höhe von 0,085 Prozent der Bilanzsumme kein Problem sein. Raiffeisenchef Walter Rothensteiner sieht das anders. Er drohte vor kurzem seinen Kunden mit höheren Gebühren. Als Grund nannte er die zusätzlichen Kosten durch die Bankenabgabe. Von Raiffeisen (mit)finanzierte Zeitungen sprangen gleich auf den Zug auf und klatschten die Drohung auf die Titelseite. Eifrig unterstützt wurde Rothensteiner von ÖVP-EU-Abgeordnetem Othmar Karas. Von anderen Banken sind bis jetzt keine vergleichbaren Drohungen bekannt.

In einer Pressekonferenz stellten Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas klar, dass die Gebühren der Banken auf dem Prüfstand stehen werden. Für Schieder sind Rothensteiners Aussagen „ein Alarmsignal für Wettbewerbshüter“. Für Rudas ist die Drohung „unverschämte“ und eine Provokation für die Steuerzahler. 1,75 Milliarden Euro erhielt die Raiffeisen-Zentralbank aus dem Bankenrettungspaket – finanziert durch Steuergeld. Rudas erinnerte weiter an Aussagen von Raiffeisen-Generalanwalt Konrad vom März 2010. Konrad sagte gegenüber dem ORF, die Bankenabgabe werde nicht auf die Kunden abgewälzt. „Umso mehr bin ich über die Aussagen Rothensteiners verwundert“, so Rudas.

Kommt es zu Preisabsprachen zwischen den Banken, verstößt das gegen das Kartellrecht. Wettbewerbsbehörde und Kartellanwalt wären somit gefordert, ent-

sprechende Schritte einzuleiten. Die Arbeiterkammer kündigte bereits an, die Entwicklung der Gebühren besonders streng unter die Lupe zu nehmen. Die rechtlichen Möglichkeiten, Preisabsprachen zu bestrafen, sind laut Schieder ausreichend scharf. Bereits 2002 wurden Banken aufgrund von Preisabsprachen mit Millionenbeträgen zur Kasse gebeten. Wenn die Banken unbedingt Kosten einsparen wollen, so sollten sie dies nicht bei ihren Kunden tun, sondern die Möglichkeit in Betracht ziehen, weniger Boni oder Aktiengewinne auszuschütten, so SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer.

Unbestritten ist überdies, dass es sich keine Bank im Wettbewerb leisten kann, teurer als die Konkurrenz zu sein. Erhöht eine Bank also ihre Konditionen unter dem Vorwand der Bankenabgabe, könnten Kunden zu anderen Geldinstituten abwandern. Internationale Daten der OECD zeigen, dass die Steuerleistung der heimischen Banken im Vergleich zu anderen Ländern niedrig ist: Österreich liegt im unteren Mittelfeld. In den USA ist die Steuerleistung doppelt so hoch. Die Ausschüttungen der Top-10 Ban-



Für Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas ist es mehr als gerecht, wenn die Banken zur Budgetkonsolidierung beitragen.

ken haben sich von 2005 bis 2008 beinahe verdreifacht – von 584 Millionen Euro auf 1,473 Millionen. Euro. ♦

SCHULE

Bildungsreform braucht Bundeskompetenz

Für Bildungsministerin Claudia Schmied ist klar: Die Bildungskompetenz muss beim Bund angesiedelt sein. Denn das garantiert die beste Schule und effizienten Mitteleinsatz.



Fotolia

Es geht um das beste Bildungssystem für ganz Österreich: Bildungsministerin Claudia Schmied bekräftigt, dass Reformpolitik Bundeskompetenz braucht.

Wenn wir weiter Bildungsreformen umsetzen wollen, brauchen wir eine klare Bundeskompetenz und gestärkte Standorte“, bekräftigte Bildungsministerin Claudia Schmied in der letzten ORF-„Pressestunde“. Auch in der einheitlichen Bundesposition der Regierung Faymann zur Schulverwaltung ist klargestellt, dass Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache sein müssen. „Wir brauchen eine klare Kompetenz. Daher muss die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung in einer Hand liegen“, so Schmied, die den ÖVP-Plänen, die Lehrerkompetenzen an die Bundesländer abzutreten, nichts abgewinnen kann. Die „Doppel- und Mehrgleisigkeiten bei den Landeslehrern“, wo zwar der Bund bezahle, die Länder aber die Abwicklung übernehmen, seien für sie kein Vorbild, sagte Schmied in der „Pressestunde“. Während bei den Aufgaben und Zuständigkeiten im Pflichtschulbereich (Länderkompetenz) ein „ziemliches Wirrwarr“ herrsche, gebe es im Bundesschulbereich klare Strukturen und modernste Abrechnungssysteme.

Beste Bildung für ganz Österreich

Die Bildungsministerin unterstrich weiters, dass sie für die beste Bildung in ganz Öster-



Lehmann

reich kämpfe: „Was gut für ein Bundesland ist, muss nicht gut für ganz Österreich sein. Und niemand will, dass es neun verschiedene Schulsysteme gibt.“ Auch Bundeskanzler Werner Faymann machte deutlich: „Bildungspolitik darf kein Fleckenteppich werden.“ Schließlich führe ein „Veränderung“, wie etwa das Beispiel Deutschland zeigt, zu vielen unterschiedlichen Schulmodellen und auch zur Verhinderung zentraler Standards, so Faymann. Auch SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer warnte davor, dass eine Zersplitterung des Bildungssystems unseren Kindern schaden würde. Für Ministerin Schmied geht es jetzt darum, mit den Bundesländern Gespräche zu führen. Allerdings: Bislang gibt es in der Frage der Lehrerkompetenzen noch keine einheitliche Position der Länder. Eines aber ist für die Bildungsministerin schon jetzt klar: „Es muss uns gelingen, dass wir über die Schülerinnen und Schüler, über die Schule von morgen reden, und nicht über ein Macht-Match.“

INFO

Immer breitere Allianz gegen „Verländerung“

Die Allianz gegen die Verländerungswünsche der ÖVP in Sachen Bildung wird immer breiter. Experten und Bildungsforscher sprechen sich dagegen genauso aus, wie Elternvertreter, Schulsprecher und Erziehungswissenschaftler. So warnt etwa der renommierte Verfassungsrechtler Heinz Mayer (Uni Wien) davor, dass die von den schwarzen Länderchefs geforderte Verländerung „die Effizienz des Bildungssystems nachteilig beeinflusst. Der Bund wäre lediglich für die Finanzierung einer von ihm kaum mehr gestaltbaren Bildungspolitik zuständig“. Aber auch der internationale Vergleich zeigt, dass „die Debatte über die Verländerung unser Land in eine irrationale Richtung treibt“, wie Lorenz Lassnigg, Bildungsforscher am Institut für Höhere Studien, in der „Presse“ unterstrich. Als warnendes Beispiel führt Lassnigg Deutschland an: Durch die Verländerung habe Deutschland heute ein „föderales Durcheinander“ zu beklagen. Kein Wunder, dass sich bei unserem Nachbarn bereits eine politische Bewegung formiert hat, die die Kompetenzen zurück zum Bund holen will. Einen ganz anderen Weg als Deutschland geht Skandinavien, das hier wie so oft Best-Practice-Beispiel im Bildungsbereich ist: In den skandinavischen Ländern liegen – so wie auch von Ministerin Schmied angestrebt – viele Kompetenzen bei den Schulen, die Länder spielen keine Rolle.

Die Presse

Es ist ein eindrucksvolles Bild des Scheiterns, das das deutsche Bildungssystem offenbart: ein föderales Durcheinander, das Schülern nicht nur den Wechsel zwischen den Bundesländern teils unmöglich macht, sondern es einzelnen Landesregierungen erlaubt hat, mit komplett verfehlten Schulreformen die Zukunft einer ganzen Generation aufs Spiel zu setzen. Vor vier Jahren

Was passieren kann, wenn die Länder die Macht über die Schulverwaltung erlangen, wäre so schwer also nicht zu begreifen. *Presse in Österreich*

„Länder raus aus der Schulverwaltung“ – unter diesem Titel warnt Christoph Schwarz in der „Presse“ vom 8. November 2010 vor einer Verländerung der Schulverwaltung.

FAMILIENPOLITIK

Die ÖVP denkt

Jahrzehntelang hielt die ÖVP daran fest, Familien vorrangig durch Geldleistungen zu fördern – ein Konzept, das nicht aufging. Nun beginnt ein Umdenken in Richtung langjähriger SPÖ-Forderungen: Mehr Kinderbetreuungsplätze, mehr Väter in Karenz.

Übersieben Milliarden Euro gibt der Bund jedes Jahr für Familienförderungen aus – damit liegt Österreich europaweit an der Spitze. Rund 90 Prozent dieser Förderungen werden als reine Geldleistungen an Familien ausbe-

ZUM THEMA



Derzeit nehmen nur fünf Prozent junger Väter die Möglichkeit in Anspruch, in Karenz zu gehen.

„Echte Männer gehen in Karenz“

Unter diesem Motto startet Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek eine Kampagne, die jungen Vätern Mut machen soll, in Karenz zu gehen.

Auch wenn es nichts Ungewöhnliches mehr ist, Normalität ist Väterkarenz noch lange nicht. Derzeit bleiben nur etwa fünf Prozent aller Jung-Papas bei ihren Sprösslingen zu Hause. Aus Studien geht allerdings hervor, dass etwa zwei Drittel der Männer bereit wären, sich für die Betreuung ihrer Kinder von der Arbeit freistellen zu lassen. Diesen Männern möchte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek mit ihrer Kampagne Mut machen. Durch Beispiele von jungen Vätern, die keinen der gemeinsamen Tage mit ihrem Nachwuchs mehr missen möchten und einer Informationsoffensive rund um die Väterkarenz. Fakt ist: Es war für Väter noch nie so einfach wie heute, sich verstärkt der Betreuung ihrer Kinder zu widmen. Väterkarenz gibt jungen Papas die Möglichkeit, sich für die Betreuung ihres Babys bei vollem Kündigungsschutz von der Arbeit freistellen zu lassen. Das einkommensabhängige Kindergeld stellt sicher, dass es zu keinen großen finanziellen Einbußen kommt.



Fotolia

Damit mehr Frauen und Männer „Ja“ zu Kindern sagen, braucht es flächendeckende Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

zahlt. Dennoch ist die Geburtenrate seit Jahrzehnten rückläufig – derzeit liegt sie bei 1,4 Kindern pro Frau. Daran hat auch das stetig steigende Kinderbetreuungsgeld nichts geändert, das in der ÖVP als einziges Anreizmittel zur Familiengründung gehandelt wurde. Die Schwarzen müssen sich nun damit auseinandersetzen, dass ihre konservative Familienpolitik zu kurz gegriffen hat: „Die Kosten des Systems stehen in keiner Relation zu den Ergebnissen“, räumte ÖVP-Familienminister Mitterlehner kürzlich ein. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter betrachtet es als „Befreiungsschlag“, dass die ÖVP sich endlich gezwungen sieht, von ihrem jahrzehntelangen ideologischen Dogma der auf Geldleistungen basierenden Familienpolitik abzurücken.

Überholtes Familienbild

Das Kinderbetreuungsgeld ist zugeschnitten auf die Bedürfnisse einer „klassischen“ Familie nach konservativen Vor-

„Endlich hat auch die ÖVP die Notwendigkeit einer modernen Familienpolitik erkannt.“

**SPÖ-Familiensprecherin
Gabriele Binder-Maier**

stellungen: Der Vater ist der Ernährer, die Mutter bleibt zur Betreuung der Familie zu Hause. Den realen Verhältnissen der modernen Welt wird diese Form der Familienförderung nicht mehr gerecht. Die Formen familiären Zusammenlebens haben sich in den letzten Jahrzehnten geändert und sind vielfältiger geworden. „Die Zahl der Haushalte mit Kindern ist mit rund 291.000 seit Jahren in etwa gleich hoch, jedoch nehmen Scheidungen stetig zu und es verstärkt sich der Trend zu sogenannten Patchwork-Familien – das sind immerhin bereits 76.000 Familien in Österreich“, konstatiert SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier (mehr dazu im Gastkommentar auf Seite 14).

endlich um

Frauen sind außerdem mittlerweile häufig besser ausgebildet als Männer und in vielen Fällen bereits die Ernährer der Familie. Ihnen muss der Wiedereinstieg in das Berufsleben nach der Schwangerschaft erleichtert werden. Denn auf das Potenzial der gut ausgebildeten Frauen kann die Wirtschaft nicht verzichten, wie Experten immer wieder, betonen.

Mehr Sachleistungen

Die SPÖ fordert bereits seit langem, dass auf die Bedürfnisse der heutigen modernen Gesellschaft entsprechend reagiert wird – mit mehr Sach- statt Geldleistungen. Mit dem Ausbau von Infrastrukturen wie Kinderbetreuungsplätzen und durch die Schaffung von Anreizen wie der Väterkarenz. Die Herausforderung einer modernen Familienpolitik besteht darin, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. „Mehr und flächendeckende Kinderbetreuungsplätze erleichtern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das ist notwendig, damit wieder mehr junge Frauen und Männer ‚Ja‘ zu Kindern sagen“, betont Binder-Maier, die den diesbezüglichen Schwenk in der ÖVP begrüßt: „Endlich hat auch die ÖVP die Notwendigkeit einer modernen Familienpolitik erkannt.“

Großer Aufholbedarf

Andere Länder wie Frankreich oder Schweden haben das früher erkannt. Dort funktioniert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, denn dort gibt es ausreichend Betreuungsplätze und Ganztagschulen. In Österreich wurden in den letzten zwei Jahren 17.000 neue Kinderbetreuungsplätze geschaffen. Zuletzt wurden in Österreich rund 15 Prozent der unter Dreijährigen in Kinderkrippen betreut – die EU-Vorgabe liegt jedoch bei 33 Prozent.

„Hier besteht großer Aufholbedarf“, so Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Sie setzt sich seit Jahren für den weiteren Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen ein. Nach dem familienpolitischen Schwenk der ÖVP ist die Frauenministerin nun aber optimistisch, dass dafür weiteres Geld zur Verfügung gestellt wird (siehe Interview). ♦

INTERVIEW

„Väter müssen stärker in die Kinderbetreuung einbezogen werden“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ zu überholten Familienvorstellungen, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Vätern in Karenz.

SPÖ Aktuell: Die ÖVP hat lange an ihrer konservativen Familienpolitik festgehalten. Überrascht Sie der Umschwung?

Gabriele Heinisch-Hosek: Das ist ein echter Sinneswandel in der ÖVP. Die Abkehr von der bisherigen Politik kommt aber zur rechten Zeit: Heuer läuft der Bundeszuschuss für den Ausbau der Betreuungseinrichtungen aus. Jetzt bin ich sehr optimistisch, dass es auch künftig Geld für die Kinderbetreuung geben wird.

Würden Sie sagen, dass die Familienpolitik der ÖVP gescheitert ist?

Heinisch-Hosek: Sie basiert auf teilweise überholten Vorstellungen von Familie. Das Konzept zur Familienförderung, das darauf beruht, dass die Frau zu Hause bei den Kindern bleibt, ist einfach nicht mehr zeitgemäß. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass Beruf und Familie besser vereinbar werden.

Wie ist eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen?

Heinisch-Hosek: Wichtig ist vor allem der weitere Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, der gleich mehrere Vorteile hat: Die Kinder sind früher im Bildungssystem, die Eltern können leichter in den Job zurückkehren – und es entstehen neue Jobs in der Kinderbetreuung.

Allein in den letzten zwei Jahren haben wir 17.000 neue Kinderbetreuungsplätze geschaffen. Dennoch gibt es hier noch großen Aufholbedarf. Außerdem müssen die Väter stärker in die Kinderbetreuung miteinbezogen werden. ♦



Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Was muss passieren, damit mehr Väter in Karenz gehen?

Heinisch-Hosek: Einen ersten wichtigen Schritt haben wir mit der Einführung des einkommensabhängigen Kindergeldes gesetzt. Nun geht es darum, Väter zu motivieren, diese Möglichkeit anzunehmen. Dazu muss ein gesellschaftliches Umdenken passieren. Ich weiß, dass viele Väter ernsthaft überlegen, in Karenz zu gehen – manche tun es schon, viele zögern aber noch. Ihnen möchte ich mit unserer neuen Kampagne Mut machen und ihnen sagen: „Gönnt euch diese einzigartige Zeit mit euren Kindern.“ Gleichzeitig möchte ich zeigen, dass es zum Alltag gehört, dass auch Väter in Karenz sind. Jene Jungväter, die sich diese wertvolle Zeit mit ihrem Kind gönnen, berichten, dass diese Lebensphase für sie etwas ganz Besonderes ist und sie keinen Tag ihrer gemeinsamen Zeit missen wollen. Sie profitieren persönlich ungenutzt davon – in ihrer Beziehung zum Kind und zur Partnerin. ♦

VERWALTUNG

SPÖ-Reformpläne entsprechen Rechnungshofvorgaben

Die SPÖ hat bereits konkrete Vorschläge für eine effiziente Strukturreform in den beiden großen Kostenbereichen Gesundheit und Bildung vorgelegt. Nun ist die ÖVP gefordert. Die Kritik des Rechnungshofes an fehlenden Reformen weist SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter daher zurück.



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter kritisiert die fehlende Reformbereitschaft von Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll.

Die SPÖ ist innerhalb der beiden Regierungsparteien die treibende Kraft zum Thema Verwaltungsreform“, stellt SPÖ-Bundesgeschäftsführer

Zimmer Günther Kräuter klar und verweist auf die konkreten Vorschläge der Bundesminister Alois Stöger und Claudia Schmied, die Kompetenzen für die Spitäler dem Bund zu übertragen und im Schulwesen Gesetzgebung und Vollziehung als Bundesangelegenheit zu regeln. Die Strukturbereinigungen entsprechen den Rechnungshofkriterien Sparsamkeit, Effizienz und Wirtschaftlichkeit und würden einen entscheidenden Beitrag zur Budgetentlastung leisten.

Stehen vor „Pröll-Pröll-Problem“

Die vom Rechnungshof kritisierte Blockade der Verwaltungsreform ist für Kräuter daher in erster Linie ein „Pröll-Pröll-Problem“. Kräuter: „Besonders deutlich hat sich die unheilvolle Verwandtschaft bei dem SPÖ-

„Die SPÖ ist innerhalb der beiden Regierungsparteien die treibende Kraft zum Thema Verwaltungsreform“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

Reformvorschlag im Zusammenhang mit den Spitälern gezeigt. Während Finanzminister Josef Pröll die Idee von SPÖ-Gesundheitsminister Alois Stöger als interessant und diskutierenswert bezeichnet, lässt Landeshauptmann Erwin Pröll die überaus vernünftige Strukturreform als „Rülpser“ diskreditieren.“ Das höchstverschuldete Bundesland Niederösterreich leistet sich bekanntlich zwei kostspielige Spitalsneubauten innerhalb weniger Kilometer in Baden und Mödling. ♦

JUSTIZ

Skrupellose Wilderer auf Trophäenjagd

Immer mehr Wilderer machen Österreichs Wälder unsicher. Abseits von Sozial- und Wildererromantik werden die Wilddiebe immer skrupelloser.



SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier fordert härtere Strafen für Wilderer.

Fotolia **S**trafanzeigen, Strafverfahren und gerichtliche Verurteilung wegen „Wilderns“ und „Schwarzfischens“ haben 2009 in Österreich massiv zugenommen, so SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier, dem die aktuellen Zahlen vorliegen. So gab es 2009 über 500 Strafanzeigen wegen Eingriffs in fremdes Jagd- oder Fischereirecht; 2008 waren es noch 376. Auffällig ist: „Es gibt nicht nur immer mehr Wilderer, sondern auch immer skrupelloser“, so Maier. Der SPÖ-Abgeordnete nennt in diesem Zusammenhang etwa Trophäenwilderer, die nur auf den Kopf eines Tieres aus sind, den Kadaver jedoch einfach liegen lassen. „Diese Entwicklung hat mit Sozial- und Wildererromantik nichts mehr zu tun“, so Maier, der in diesem Zusammenhang härtere Strafen gegen Wilderer fordert. ♦

VERFASSUNG

Jüdische Friedhöfe: Sanierung und Pflege gewährleistet

Der Verfassungsausschuss hat die Finanzierung der Sanierung und Pflege jüdischer Friedhöfe beschlossen.

Für die Dauer von 20 Jahren wird der Bund jährlich eine Million Euro für die Sanierung und Pflege der jüdischen Friedhöfe in Österreich zur Verfügung stellen. Zu diesem Zweck wird ein Fonds im Nationalrat eingerichtet. Staatssekretär Josef Ostermayer sieht damit eine langjährige Forderung des im Jahre 2001 abgeschlossenen Washingtoner Abkommens erfüllt, in dem sich Österreich zum Erhalt der jüdischen Grabstätten verpflichtet hat.



Für die SPÖ-Abgeordnete und Mitglied des Verfassungsausschusses Angela Lueger ist der Beschluss ein weiterer Schritt zur Übernahme historischer Verantwortung. ♦

Staatssekretär Ostermayer betont, dass man mit der Einigung einen weiteren Schritt des Respekts gegenüber jüdischen Mitbürgern setzt.

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Die Maßnahmen gehen weiter

Das von der EU ausgerufenen „Europäische Jahr im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010“ geht zu Ende – nicht aber die zahlreichen gestarteten Maßnahmen und Initiativen.

Von den 500 Millionen Menschen in Europa leben 84 Millionen, also 17 Prozent, unterhalb der Armuts-
grenze. Im Rahmen des „Europäischen Jahres im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ wurden europaweit Initiativen gesetzt, die dazu beigetragen haben, die Öffentlichkeit für Armut und soziale Ausgrenzung zu sensibilisieren. Neben den 27 Mitgliedstaaten der EU haben sich auch Norwegen und Island an diesen Maßnahmen beteiligt. Österreich hat in diesem Jahr viele Projekte und zahlreiche, wirksame Initiativen umgesetzt. „Das Eu-

Fotolia



„Jeder von Armut Betroffene ist einer zuviel.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

ropäische Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung geht zu Ende – nicht aber die gestarteten Aktivitäten und Maßnahmen“, betonte Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Die Bundesregierung hat im Oktober 2010 beschlossen, bis 2020 jährlich mindestens 23.500 Menschen (bis 2020 also insgesamt 235.000 Menschen) aus Armutslagen zu befreien. „Der eingeschlagene Weg der Bedarfsorientierten Mindestsicherung wird dabei wichtige Impulse bei der Umsetzung geben“, so der Sozialminister.

Sozialleistungen tragen wesentlich zur Verminderung von Armut bei

In Österreich gibt es knapp unter eine Million armutsgefährdete Menschen. Ohne staatliche Sozialleistungen wäre diese Zahl allerdings mehr als dreimal so hoch. Das zeigt klar, dass staatliche Sozialleistungen und Pensionen im hohen Ausmaß zur Verringerung von Armut beitragen. In Österreich sind damit zwar viel weniger Menschen armutsgefährdet als im Durchschnitt der Europäischen Union, für Hundstorfer steht aber fest: „Jeder von Armut Betroffene ist einer zuviel.“

Auch die Ausbildungsgarantie für Jugendliche trägt maßgeblich zur Eindämmung von Armut bei, denn alle Zahlen belegen deutlich: Menschen, die lediglich über einen Pflichtschulabschluss verfügen, haben ein besonders hohes Risiko, von Armut betroffen zu sein.

Aktivierende Arbeitsmarktpolitik wesentlich für Bekämpfung von Armut

„Ein wesentlicher Punkt im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung ist die aktivierende Arbeitsmarktpolitik“, betonte Hundstorfer. Daher stehen dem Arbeitsmarktservice (AMS) auch im Jahr 2011 rund 980 Millionen Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Mit der Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, durch die Sozialhilfeempfänger erstmals vom AMS betreut werden, hat die österreichische Bundesregierung eine weitere wichtige Maßnahme im Kampf gegen Armut umgesetzt. Auch für SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits steht fest: „Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist ein sozialpolitischer Meilenstein, mit dem Österreich eine Vorreiterrolle innerhalb Europas übernimmt. Wir helfen denen, die es am notwendigsten haben und versetzen sie in die Lage, wieder auf eigenen Beinen zu stehen.“

INFO

Fakten zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut“

- » In Österreich: 300.000 Euro für 16 Projekte, die der Thematik „Teilhabe sicherstellen“ gewidmet waren. Erklärtes Ziel: Die Sichtbarmachung der Betroffenen und ihrer Anliegen.
- » Auf EU-Ebene: Konkrete Schwerpunkte im Rahmen der EU-2020-Strategie wurden gesetzt: Nicht nur Wettbewerbs- und Wirtschaftsförderung soll erfolgen, sondern es sollen offensiv Beschäftigung, Armutsbekämpfung und Bildungsbeteiligung gefördert werden. Bis 2020 sollen EU-weit mindestens 20 Millionen Menschen aus der Armut befreit werden.

Weitere Informationen und alle Projekte sind auf den offiziellen Webseiten www.2010gegenarmut.at und www.2010againstopoverty.eu online nachzulesen.



Wende in der Finanzmarktbesteuerung gelungen

Mit der Budgetkonsolidierung ist Österreich der Vermögensbesteuerung ein Stück näher gekommen. Darüber und über einen „Turnaround“ in der Finanzmarktbesteuerung diskutierte SPÖ-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder beim „Österreich 2020-Zukunftsdiskurs“.

Mit der Budgetkonsolidierung schlagen wir einen politischen Weg ein, der den Einstieg in die Vermögensbesteuerung bedeutet“, sagte Schieder bei der gut besuchten Podiumsdiskussion zur Frage „Wer zahlt diese Krise?“, zu der die Wiener Bildung Landstraße geladen hatte. „Wir haben den Turnaround bei der Finanzmarkt-, Banken- und Stiftungsbesteuerung geschafft. Zwei Drittel der neuen Einnahmen kommen aus diesem Bereich“, erklärte der Staatssekretär. Es ist gelungen, Vorschläge der ÖVP abzuwenden, die massive Belastungen für alle Bevölkerungsschichten bedeutet hätten.



Zinner

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder beim Zukunftsdiskurs: Eine Vermögenssteuer ist für die SPÖ nicht vom Tisch.

Sozial ausgewogene Konsolidierung

Eine Budgetkonsolidierung, mit der alle zufrieden sind, gibt es nicht. Schieder betonte, dass es aber gelungen ist, im Rahmen eines Kompromisses für soziale Ausgewogenheit zu sorgen: „Aus SPÖ-Sicht handelt es sich um eine tragbare Einigung.“ Fünf

der acht Forderungspunkte der SPÖ wurden umgesetzt, darauf könne man stolz sein. Finanztransaktionssteuer und Vermögenssteuer sind jedoch nicht vom Tisch. Diese werden dazu beitragen, die Schieflage im Steuersystem weiter zu beseitigen.

Eine rasche und umfassende Konsolidierung war notwendig – denn dauerhafte Schulden schränken die Flexibilität und

Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand ein. „Wir dürfen uns nicht von Rating-Agenturen abhängig machen. Kleinere Länder mit hohen Schulden werden von diesen besonders ins Auge gefasst“, so der Staatssekretär. Ohne Konsolidierung würden die Zinsen auf die Staatsschulden steigen, was eine Verteilungswirkung nach oben zur Folge hätte. ♦

ZUM THEMA

Österreich 2020: Mitmachen!

Politik muss sich auf eine breite Basis stützen, sodass möglichst viele Menschen den politischen Diskurs und Entscheidungsfindungen aktiv mitgestalten. Ein Ziel von Österreich2020 ist es daher, interessierte Bürgerinnen und Bürger in den Zukunftsdiskurs einzubinden. Dazu macht sich das Projekt auch moderne Technologien zunutze und lädt neben der Teilnahme an den öffentlichen Veranstaltungen auch dazu ein, sich online in die Diskussion einzubringen.

Userinnen und User können sich rasch und unkompliziert auf der Projektplattform www.oe2020.at registrieren. Sie können dann die zahlreichen Artikel kommentieren, eigene

Überlegungen posten und konstruktive Kritik einbringen. Ein Newsletter informiert regelmäßig über Neuigkeiten auf der Homepage. Die Beiträge werden in den thematisch passenden Diskursgruppen diskutiert. Zwischenergebnisse aus dem Prozess werden via Projektplattform kommuniziert.

Jetzt unter
www.oe2020.at/home/register
registrieren und mitdiskutieren!
Infos und Termine unter
www.oe2020.at
Kontakt: **Redaktion@oe2020.at**



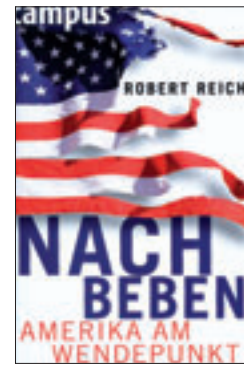
Analyse

Nachbeben

Der Autor Robert Reich beschreibt den Weg der USA zum Superkapitalismus und welches Vorgehen sie jetzt noch retten kann.

Die USA steuern auf eine wirtschaftliche und politische Katastrophe zu, wenn es dem Land nicht gelingt, seine wirtschaftliche Ungleichheit in den Griff zu bekommen. Wenn die Ursachen für die Krise des Landes und der Weltwirtschaft nicht rasch beseitigt werden, droht Amerika ein Kollaps. Und diese Ursachen sind vor allem im wachsenden sozialen Gefälle der reichsten Nation der Welt zu suchen. Der Autor Robert Reich, ehemaliger Arbeitsminister un-

ter Bill Clinton und einer der angesehensten Experten des Landes, macht klar, wie der Untergang noch zu verhindern ist. Er schreibt, solange Amerika die fundamentale Strukturverzerrung seiner Volkswirtschaft nicht beseitigt, wird es unter den Folgen – langfristig stagnierende Wirtschaft, hohe Arbeitslosenzahlen – zu leiden haben. Reich bringt auf den Punkt, was die USA retten und die Welt vor dem Chaos bewahren kann. ♦

☐ Stk.


Robert Reich:
Nachbeben.
Amerika am Wendepunkt.
Campus Verlag,
Frankfurt/Main 2010;
221 S., 20,50 €

Roman

Die Pfeiler des Glaubens

In seinem Weltbestseller über Glaube und Versöhnung erzählt Falcones die ergreifende Geschichte vom Aufstand der Muslime.

Andalusien, 1568. Nach Jahren der Unterdrückung erheben sich die spanischen Muslime gegen ihre christlichen Peiniger. Unter den Aufständischen ist auch der junge Maure Hernando, der sein Volk und seine Kultur vor dem Untergang retten will. Doch die Revolte wird bald zum blutigen Glaubenskrieg. Angesichts dervon beiden Seiten begangenen Grausamkeiten wächst in Hernando das Bedürfnis nach Frieden und Aussöhnung der Religionen – ein Ziel, dem er nun sein Leben widmet. Mit

„Die Pfeiler des Glaubens“ liefert der spanische Erfolgsautor Ildefonso Falcones einen historischen Roman ab, der diese Bezeichnung verdient. Denn mit dem Aufstand der Muslime in Spanien 1568 und dessen Folgen legt er einen soliden Grundstein für seinen bewegenden Roman, der sich von anderen historischen Romanen deutlich abhebt. Offenkundig ist auch die Bedeutung der geschilderten Ereignisse für die europäische Geschichte, was dem Roman Brisanz verleiht. ♦

☐ Stk.


Ildefonso Falcones:
Die Pfeiler des Glaubens.
C. Bertelsmann,
München 2009.
927 S., 25,70 €

Zeitgeschichte

Frauen graben, wo sie stehen

Das Ziel dieses Buches ist es, Mut zu machen, um die eigene Frauengeschichte im Umfeld zu erforschen.

Um mehr über die Frauen in der eigenen Umgebung zu erfahren, ist es zunächst nötig zu wissen, welche Quellen es gibt und wie sie genutzt werden können. Die Frauenspaziergänge in Bruck an der Leitha und in Wien Josefstadt zeigen, dass es zahlreiche Beispiele für Frauenspuren im öffentlichen Raum gibt. Diese Beispiele zeigen auch, wie weibliche Erinnerungskultur festgemacht werden kann. „Frauen haben eine Geschichte, lasst euch nicht aus dieser Geschichte wegschreiben“ – so könnte das

Motto dieses Buches lauten. Die Vorworte stammen von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und der Wiener Frauensstadträtin Sandra Frauenberger. Das Buch enthält zahlreiche Informationen über „vergessene“ Frauen in Wien – von Ordensfrauen über Arbeiterinnen bis hin zu Architektinnen und Musikerinnen. Die Autorin Irmtraut Karlsson lebt als Krimiautorin in Wien und Bruck an der Leitha. Sie war Bundesfrauensekretärin der SPÖ und Nationalratsabgeordnete. ♦

☐ Stk.


Irmtraut Karlsson:
Frauen graben, wo sie stehen. Frauengeschichte von unten.
ÖGB-Verlag, Wien 2010.
160 S., 9,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



WIEN

Erinnerungen an die Nürnberger Prozesse



Die Wiener SPÖ-Bildung lädt Siegfried Ramler – Simultanübersetzer bei den Nürnberger Prozessen – zu zwei Vorträgen ein.

Vor 65 Jahren, am 20. November 1945, begannen die Nürnberger Prozesse. Aus zeitgeschichtlicher und juristischer Perspektive sind sie von herausragender Bedeutung. Nur noch wenige Personen, die bei den Prozessen anwesend waren, sind heute noch am Leben. Siegfried Ramler, gebürtiger Wiener und Simultanübersetzer bei den Nürnberger Prozessen, ist einer der Wenigen.

Die Wiener SPÖ-Bildung hat Siegfried Ramler nach Wien eingeladen und bietet so die Möglichkeit, seinen Ausführungen bei zwei Terminen zu folgen. Weitere Informationen zu den Veranstaltungen und Anmeldung unter www.wiener-bildung.at.



Siegfried Ramler war Simultanübersetzer bei den Nürnberger Prozessen.

TERMINE

Vortrag: Die Nürnberger Prozesse

Erinnerungen des Simultan-
dolmetschers Siegfried Ramler

Begrüßung: Dr. Danielle Spera,
Direktorin des Jüdischen Museum

Zeit: 15. November 2010, 18.30 Uhr

Ort: Jüdisches Museum,
1., Dorotheergasse 11

Podiumsdiskussion: 65 Jahre Nürnberger Prozesse und ihre Bedeutung

Im Gespräch mit dem Zeitzeugen
Siegfried Ramler

Moderation:
Univ.-Prof.DDr Oliver Rathkolb

Zeit: 16. November 2010, 9-13 Uhr

Ort: Altes AKH, Aula am Campus,
9., Spitalgasse 2-4, Hof 1

STEIERMARK

Jüngster Landtags- abgeordneter angelobt



Max Lercher – Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Steiermark – ist ab sofort jüngster Abgeordneter im steirischen Landtag.

Mit seinem Wahlkampf konnte Max Lercher eines der besten Vorzugsstimmenergebnisse des Landes einfahren. Mit einem Facebook-Wahlkampf, und Themen, die sich an den Lebensrealitäten und Problemen der jungen Menschen orientierten, konnte der junge Murauer zahlreiche Steirerinnen und Steirer von sich und der SJ überzeugen. „Dieses tolle Ergebnis hat mir viel Kraft gegeben und ich freue mich darauf, in den nächsten fünf Jahren auch im Landtag eine starke Stimme für die steirische Jugend zu sein“, so der Jung-Mandatar über seine neue Aufgabe.



SPÖ Steiermark

Mit dem 24-jährigen Max Lercher wird die steirische Jugend künftig eine starke Stimme im Landtag haben.

NIEDERÖSTERREICH

27. GVV-Vollversammlung



Vergangene Woche fand die 27. Vollversammlung des niederösterreichischen Gemeindevertreterverbands (GVV) statt.

Über 271 Delegierte fanden sich in der Kulturhalle Reisenberg ein, um sich bei der Vollversammlung des sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes mit dem Thema „Neue Horizonte denken – Innovation & Nachhaltigkeit“ auseinanderzusetzen. Die renommierte Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb hielt dazu als Gastrednerin ein beeindruckendes Referat. Auch der Wahlvorschlag für das neue Verbandspräsidium mit Rupert Dworak als Präsident an der Spitze wurde mit überwältigender Mehrheit (98,51 Prozent) angenommen.



SPÖ NÖ

Der wiedergewählte Verbandspräsident Rupert Dworak mit Landeshauptmann-Stellvertreter Sepp Leitner und Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb.

KINDERFREUNDE

Mentoring-Projekt „Nightingale“ gestartet



Kinder und Studierende erkunden spielerisch die Stadt



In der Volksschule in der Kleinen Sperrgasse in Wien lernen Studierende und Kinder mit Migrationshintergrund ab sofort voneinander.

Integration ist keine Einbahnstraße, das zeigt auch ein neues Projekt des Schulkompetenzzentrums der Österreichischen Kinderfreunde. 20 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund werden ein halbes Jahr hindurch einen Nachmittag pro Woche von Studierenden in ihrer Freizeit begleitet. Ziel ist, das Selbstbewusstsein der Kinder zu stärken und sie mit ihrer Umgebung und dem Bildungssystem vertraut zu machen. Die Mentoren, also die Studierenden, kommen von der Universität Wien aus dem Fachbereich „Deutsch als Fremdsprache“ und machen mit ihren jungen Schützlingen Ausflüge im Stadtteil, besuchen Museen oder Ausstellungen – eben alles, was für junge, wissbegierige Menschen interessant ist.

Die Mentoren stehen im Rahmen dieser Freizeitgestaltung für Fragen aller Art ihrer jungen Begleiter zur Verfügung.

Kein Lern- und Leistungsdruck

Besonders wichtig bei diesem Projekt ist, dass es sich nicht um ein Nachhilfe- oder Lernprogramm handelt. Ohne Lern- und Leistungsdruck sollen die jungen Menschen einerseits Österreich aus einer kinderfreundlichen Perspektive kennenlernen und andererseits ihre Migrationserfahrungen besser bewältigen können. Auch reger Kontakt zu den Eltern ist Teil des Programms. Ihnen soll dabei die Bedeutung von Bildung als Schlüssel für zukünftige Lebenschancen vermittelt werden. Aber nicht nur für Kinder und Eltern bringt das Projekt Perspektiven – die Studierenden erhalten so die Möglichkeit, sich mit der Lebensrealität von Zuwandererfamilien auseinanderzusetzen. ♦

VORARLBERG

SoHo im Ländle gegründet



Jetzt auch in Vorarlberg aktiv: Die sozialdemokratische Homosexuellen-Organisation.

Auch im westlichsten Bundesland setzt sich die SoHo ab sofort tatkräftig für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung ein. Vorsitzender der jungen Organisation ist der 30-jährige Nikolaus Burtscher. Auf Bundesebene setzt sich die SoHo schon seit Jahren für die Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Lesben, Schwulen und Transgender-Personen ein. Das aktive Engagement gegen Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ist für die SoHo ein sozialdemokratisches Grundprinzip. Sowohl SPÖ-intern wie auch nach außen ist die SoHo kompetenter Ansprechpartner für alle Anliegen, die die Rechte von gleichgeschlechtlich Liebenden wie auch Trans-



gender-Personen betreffen und wird sich ab sofort auch in Vorarlberg engagieren. ♦

Nikolaus Burtscher ist Vorsitzender der neu gegründeten SoHo Vorarlberg.

BURGENLAND

Assistenzeinsatz verlängern



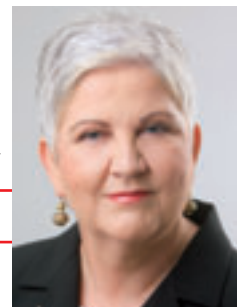
Landeshauptmann Hans Niessl und die SPÖ Burgenland sprechen sich für eine Beibehaltung des Assistenzeinsatzes aus.

„Eine befristete Weiterführung ist notwendig und sinnvoll, solange von der Innenministerin eine dauerhafte Außenpräsenz der Exekutive in ausreichender personeller Stärke nicht garantiert werden kann“, bekräftigt Landeshauptmann Hans Niessl die Position der SPÖ Burgenland. Der Assistenzeinsatz wird laut Umfragen von 86 Prozent der Burgenländer und Niederösterreicher begrüßt und hat sich als „Sicherheitsgurt im Grenzraum bewährt“, betont Niessl. Verteidigungsminister Norbert Darabos und das österreichische Bundesheer sind für ihn verlässliche sicherheitspolitische Partner. ♦



Bundesheer

Das Österreichische Bundesheer sorgt für mehr Sicherheit im burgenländischen Grenzraum.



SPÖ

Vielfalt und Verantwortung – Herausforderungen der Familienpolitik

Die Politik steht vor großen Herausforderungen in punkto Familie, Zusammenleben, Partner- und Elternschaft. Neben dem „traditionellen Familienbild“ mit Mutter, Vater, Kindern gibt es verschiedenste Formen der Lebensgemeinschaften und des Zusammenlebens, für die es nicht immer einen ausreichenden rechtlichen und gesellschaftspolitischen Rahmen gibt.

Fotolia



Die SPÖ-Forderungen nach Papa-Monat und mehr Väterkarenz bleiben gesellschaftspolitisch enorm wichtig, damit junge Familien auch die Voraussetzungen finden, um mehr Kooperation und Partnerschaftlichkeit in der Familie leben zu können.

Die Österreicherinnen und Österreicher leben in vielfältigen Familienformen. Die Zahl der Haushalte mit Kindern (ca. 291.000 in Österreich) ist seit Jahren in etwa gleich hoch. Scheidungen nehmen jedoch stetig zu und es verstärkt sich der Trend zu so genannten „Patchwork-Familien“ – aktuell sind es ca. 76.000. Diese bunte Lebensform braucht jede

verwechselt, eigentlich ist aber das Besuchsrecht betroffen. Künftig gibt es auch eine Informationspflicht bei der Beantragung der Vaterschaft am Standesamt, denn viele Väter wissen nicht, dass Eltern in Lebensgemeinschaften eine gemeinsame Obsorge beantragen können.

Wenn man den budgetären Aspekt von Familienpolitik betrachtet, sieht man, dass

„Zwei Drittel der Hausarbeit wird noch immer von Frauen erledigt. Einer der politischen Schwerpunkte der Zukunft muss daher die Einbeziehung der Väter in die Erziehungs-, Familien- und Versorgungsarbeit sein.“

Menge Toleranz, Respekt und Verständnis. Neben einer großen Bereicherung für das Zusammenleben ergibt sich auch eine Reihe von Fragen, die etwa Bereiche wie Unterhaltszahlungen, Besuchsrecht und Obsorge betreffen. Über jene Fälle, in denen sich Beziehungen auseinandergelebt haben und allfällige Fragen nach der Trennung im Einvernehmen geklärt werden, muss man sich kaum Gedanken machen – 90 Prozent aller Ehen werden einvernehmlich geschieden. Wenn es bei Trennungen Streitigkeiten gibt, muss eines klar sein: Es geht ums Kindeswohl und nicht um die Interessen der Erwachsenen.

Deutlich unterscheiden muss man auch zwischen Obsorge- und Besuchsregelungen: Wenn etwa Väter darüber klagen, dass sie ihre Kinder nicht oft genug sehen, wird das oft mit Obsorge-Regelungen

wir in Österreich zwar Milliarden Euro pro Jahr für Familienleistungen ausgeben, aber immer weniger Kinder geboren werden. Von den rund 7 Milliarden Euro sind 90 Prozent Geldleistungen (Direktzahlungen an die Familien) und nur 10 Prozent Sachleistungen (wie Kinderbetreuungsplätze).

Statt Geld soll es Betreuungs- und Bildungseinrichtungen geben

Die ÖVP vollzieht zurzeit einen beachtlichen Sinneswandel in die richtige Richtung, in dem sie auf SPÖ-Meinung umschwenkt – weg von den Geldleistungen hin zu Sachleistungen und dem Ausbau von Betreuungsplätzen, um die Eltern besser zu unterstützen. Österreich hinkt vor allem bei Betreuungsplätzen für die Kleinsten hinterher, nur 16 Prozent aller Kinder unter drei Jahren sind im Kindergarten. Wenn es zu wenige Plätze gibt, bleiben oft die Mütter zuhause und arbeiten dann Teilzeit, wodurch sich wiederum traditionelle Rollenbilder verfestigen, wie man auch im jüngsten Frauenbericht sehen kann. Zwei Drittel der Hausarbeit werde noch immer von Frauen erledigt. Einer der politischen Schwerpunkte der Zukunft muss daher die Einbeziehung der Väter in die Erziehungs-, Familien- und Versorgungsarbeit sein. ♦

Gabriele Binder-Maier ist seit 1990 SPÖ-Nationalratsabgeordnete und seit 2008 Familiensprecherin im Parlament.

TERMINKALENDER

Montag, 15. 11.

Buchpräsentation

Die SPÖ Oberösterreich veranstaltet gemeinsam mit dem BSA und dem Renner Institut eine Diskussionsveranstaltung zur Präsentation des Buches „Bildung in der Krise. Warum wir uns Nichtstun nicht leisten können“ mit den Herausgebern Josef Broukal und Erwin Niederwieser. Die Veranstaltung eröffnet wird LHStv. Josef Acknerl. Information und Anmeldung: Gabriela Carpella, 0732/77 26 11-16 oder gabriela.carpella@spoe.at
Beginn: 19 Uhr
Tabakfabrik Linz
Ludlgasse 19, 4020 Linz
Eingang Gruberstraße

Dienstag, 16. 11.

Buchpräsentation



Das Bruno Kreisky Forum und das Renner Institut laden zu einer Buchpräsentation von

„Bruno Kreisky. Eine Biografie“. Wolfgang Petritsch – jahrelanger Sekretär und Vertrauter Bruno Kreiskys – legte eine umfassende Biographie des größten österreichischen Staatsmannes vor. Nach der Begrüßung durch Ferdinand Lacina (Bundesminister a.D.) wird Margit Schmidt das Buch vorstellen. An der darauf folgenden Podiumsdiskussion nehmen Helene Maimann (Historikerin und Filmemacherin), Wolfgang Petritsch (Autor und Botschafter bei der OECD), Oliver Rathkolb (Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien) und Eva Weisenberger (Journalistin, Kleine Zeitung) teil. Information und Anmeldung: Tel.: 01/3188260/20 oder einladung.kreiskyforum@kreisky.org
Beginn: 19 Uhr
Bruno Kreisky Forum,
Armbrustergasse 15, 1190 Wien

Dienstag, 16. 11.

„Österreich 2020“ – Podiumsdiskussion

Im Rahmen der „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurse findet in Kooperation mit dem Renner-Institut und der Wiener Bildung eine Veranstaltung zum Thema „Die Zukunft der Erwachsenenbildung“ statt. An der Podiumsdiskussion nehmen u.a. Bildungsministerin Claudia Schmied und der Vorsitzende der Wiener Bundesbildungsorganisation der SPÖ, Michael Ludwig teil. Information und Anmeldung: Tel.: 01/804 65 01 – 0 oder post@renner-institut.at
Beginn: 19.00 Uhr
Bildungszentrum der SPÖ Wiener Bildung
Praterstraße 25, 1020 Wien

**Mittwoch, 17. 11. bis
Donnerstag 18. 11.**



Verbandstag des Pensionistenverbandes Österreichs

Karl Blecha stellt sich bei der Bundeskonferenz des Pensionistenverbandes Österreichs (PVO) den 350 Delegierten zur Wiederwahl als Verbandspräsident. Die geplanten Höhepunkte werden Referate von Sozialminister Rudolf Hundstorfer, ÖGB-Präsident Erich Foglar und PVO-Präsident Karl Blecha sein. Das Detailprogramm und weitere Infos folgen: www.pvoe.at
Mittwoch, 17. 11., 14 – 18 Uhr
Donnerstag, 18. 11., 9 – 13 Uhr
Austria Center Vienna
Bruno-Kreisky-Platz 1, 1220 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Theresa Aigner, Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Christian Novotny, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: picturedesk, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: Leykam Druck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.redblogs.at

Redblogs auf www.spoe.at

Auf www.spoe.at werden ab jetzt die zwei aktuellsten Blogbeiträge von www.redblogs.at angezeigt. Mit dabei sind Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Die neuesten Meldungen aus Brüssel erreichen uns von den SPÖ-EU-Abgeordneten Evelyn Regner, Jörg Leichtfried und Hannes Swoboda. Auch der National-

rat lässt von sich lesen: Petra Bayr und Christine Lapp berichten über ihre Anliegen und Lokalpolitiker wie Ulli Sima, Sonja Wehsely oder Jürgen Wutzelhofer bloggen regelmäßig auf www.redblogs.at. Die Themen der Beiträge reichen von der Außen- bis zur Umweltpolitik – dieser ist sogar ein eigener SPÖ Umwelt Blog gewidmet. Lesen Sie die neuesten Beiträge auf www.redblogs.at! ♦





Echte Helden

Der Burgenländer Peter Laschober sowie die Kärntner Heinrich Tilz und Johannes Pemberger wurden von Bundeskanzler Werner Faymann für ihre Verdienste um die Rettung der chilenischen Bergleute geehrt. Sie erhielten im Beisein von Staatssekretär Josef Ostermayer das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich.



Berufe mit Zukunft

Die ÖBB haben vor kurzem 450 Lehrstellen ausgeschrieben – Berufe mit Zukunft, wie Infrastrukturministerin Doris Bures bei einem Besuch der ÖBB-Lehrwerkstätte in Wien-Penzing betonte.



Mehr Fairness

Beim Bundesfrauenforum der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) hat Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek mehr Transparenz und Fairness bei Fraueneinkommen gefordert.



Internationaler Erfahrungsaustausch

Unter dem Vorsitz von Bildungsministerin Claudia Schmied fand vor kurzem die OECD-MinisterInnenkonferenz in Paris statt. Diese Konferenz ermögliche einen wertvollen Erfahrungsaustausch auf internationaler Ebene, so Schmied. Mit im Bild: OECD-Bildungsdirektorin Barbara Ischinger.